



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 11.12.2013

Niederschrift

über die **38. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 05.12.2013, 15:33 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU	
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD	(ab 17.00 Uhr für RM Noack)
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	(bis 17.00 Uhr)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	(ab 15.45 Uhr)
Herr Jörg van Geffen	SPD	(ab 15.45 Uhr)
Herr Henk Benthem van	CDU	
Herr Lars Möller	CDU	(bis 17.25 Uhr)
Herr Karsten Möring	CDU	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	(ab 15.55 Uhr)
Herr Karel Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE. (für SE Scherbaum; ab 15.45 Uhr)
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD	
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	(ab 16.15 Uhr)

Herr Thomas Werner	CDU (bis 17.45 Uhr)
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE (bis 17.35 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN (ab 15.47 Uhr)

Verwaltung

Herr Thilo Bosse	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Eva Herr	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Robert Kilp	Amt für öffentliche Ordnung
Frau Birgit Muéll	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Frau Ulrike Willms	Bauverwaltungsamt

Gäste

Frau Evelyn Förster	StEB, AöR
Herr Gunther Höhn	KVB AG

Schritfführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 38. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt erweitert werden soll:

- Zu 1.1** Anfrage der FDP-Fraktion „Gründung einer Verkehrsexpertengruppe“ liegt eine **Stellungnahme der Verwaltung** als **Tischvorlage** vor
- 2.2 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 05.12.2013 betr.
Platzumgestaltung Ebertplatz
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Quartiergarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes und für Alternativstandorte im näheren Umfeld
AN/1501/2013
Tischvorlage
- Zu 5.2** 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn, Erweiterter Planungsbeschluss liegen ein **Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** vom 04.12.2013 sowie **ergänzende Stellungnahmen** (Anlagen 35-37) als **Tischvorlagen** vor
- 5.11 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Ladenzeile Heumarkt
Mehrkosten bei Ausbau und TGA sowie Verschlechterung der Vermarktungssituation
3493/2013
Tischvorlage
- 6.5 Kreuzung Subbelrather Straße/Grüner Brunnenweg - Baustelle auf dem Radweg
hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 17.09.2013; TOP 8.4
3940/2013
Tischvorlage
- 6.6 Radwegeverbindung entlang der Frankenwerft
hier: Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.11.2013, TOP 1.2
3641/2013
Tischvorlage
- 6.7 Koordination der Kölner Baustellen
hier: Anfrage der FDP zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.11.2013, TOP 1.1
3613/2013
Tischvorlage

7.5 Information Ausbau A 1 - Rheinbrücke Leverkusen
4081/2013
Tischvorlage

7.6 Geschwindigkeit Universitätsstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal vom
30.09.2013, TOP 8.2.4, Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Eh-
renfeld vom 25.11.2013, TOP 8.1.1
sowie mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses vom 05.11.2013, TOP 8.4
3796/2013
Tischvorlage

Zu TOP 2.1, Antrag der FDP-Fraktion „Verkehrskonzept Köln-Marathon“ sei Herr Kilp/Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung anwesend,

zu TOP 5.8 „Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, hier: Gewässerentwicklungskon-
zept Köln“, Frau Förster von den StEB. Er schlage vor, den letztgenannten TOP vor-
zuziehen.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und dem vorgeschlagenen Verfahren ein-
verstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines neuen Mitgliedes des Verkehrsausschusses

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 19.11.2013 betr.
Gründung einer neuen Verkehrsexpertengruppe
AN/1388/2013

Stellungnahme der Verwaltung
4071/2013

1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 betr.
Veraltete Lichtsignalanlagen in der Stadt Köln
AN/1418/2013

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.10.2013 betr.
Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes zum Köln Marathon
AN/1273/2013

- 2.2 Platzumgestaltung Ebertplatz
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Quartiergarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes und für Alternativstandorte im näheren Umfeld
AN/1501/2013
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 4.1 Generalsanierung der Waldsiedlung – Ausführungsplanung 1. Bauabschnitt in Köln-Junkersdorf
3497/2012
- 4.2 Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße
3938/2011
- 4.3 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sanierung der Fußgängerbrücke Leichweg
1952/2013
- 4.4 Erneuerung von Lichtsignalanlagen auf der Neusser Straße
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.11.2007, TOP 4.9
2821/2013
- zurückgezogen -
- 4.5 Stadtbahnhaltestelle Geldernstraße/Parkgürtel
hier: Planungsbeschluss für Maßnahmen zur Attraktivierung der Haltestelle bzw. zur Beseitigung von Angsträumen
0804/2013
- 4.6 Fortschreibung Nahverkehrsplan;
hier: Busanbindung Schanzenstraße
3399/2013
- zurückgezogen -
- 4.7 Baubeschluss für den Umbau des Kreuzungsbereiches Brunostraße / Karolingererring sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-2141, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3338/2013
- 4.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; Deckensanierung Brückenstraße, Köln-Rodenkirchen
2929/2013

- 4.9 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Generalinstandsetzung von Straßen (Hermeskeiler Straße) 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 3603/2013
- 4.10 Baubeschluss zur Umgestaltung des Knotenpunktes Blaubach/Waidmarkt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-1073, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 3318/2013
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 234. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2796/2013
- 5.2 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Erweiterter Planungsbeschluss 2790/2013
- 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.12.2013 AN/1492/2013
- 5.3 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6901-1202-5-0240, Fußgängerbrücke Ginsterberg 2501/2013
- 5.4 Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 3098/2013
- 5.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal 3131/2013
- 5.6 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3586/2013

- 5.7 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sicherungsmaßnahmen an der Straße Alter Militärring in Köln-Müngersdorf
zur Gefahrenabwehr
3067/2013
- 5.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
hier: Gewässerentwicklungskonzept Köln
2810/2013
- 5.9 Betrauung der KVB mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhal-
tung des BOS-Funks in Stadtbahntunneln
2622/2013
- 5.10 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sanierung der Brückenbauwerke Merianstraße über den Fühlinger See und
Industriestraße
3574/2013
- 5.11 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Ladenzeile Heumarkt
Mehrkosten bei Ausbau und TGA sowie Verschlechterung der Vermarktungs-
situation
3493/2013
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1 Barrierefreier Zugang zur Domplatte
hier: Mündliche Anfrage des SE Pannecke in der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses am 17.09.2013, TOP 8.2
3650/2013
- 6.2 Förderung des kommunalen Straßenbaus - Brandbrief des Oberbürgermeis-
ters an den Landesbetrieb Straßenbau
hier: Mündliche Anfrage des RM Möring aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses vom 17.09.2013, TOP 8.7
3751/2013
- 6.3 Gehwegbreite südliche Pipinstraße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses am 17.09.2013, TOP 8.5
3611/2013
- 6.4 Gummifüllung bei Bahnschienen
hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
04.06.2013, TOP 8.6
3847/2013
- 6.5 Kreuzung Subbelrather Straße/Grüner Brunnenweg - Baustelle auf dem Rad-
weg

hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 17.09.2013; TOP 8.4
3940/2013

6.6 Radwegeverbindung entlang der Frankenwerft
hier: Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.11.2013, TOP 1.2
3641/2013

6.7 Koordination der Kölner Baustellen
hier: Anfrage der FDP zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.11.2013, TOP 1.1
3613/2013

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Ausbau der Straße Am Kämpchenshof zwischen dem Hansaring und der Maybachstraße
3474/2013

7.2 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe - aktualisiertes Verkehrsgutachten
3511/2013

7.3 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2013
3675/2013

7.4 Ergebnisse der Projektwerkstatt Deutz von WochenKlausur
Vorschläge zur Verbesserung des Stadtteils Alt-Deutz
3849/2013

7.5 Information Ausbau A 1 - Rheinbrücke Leverkusen
4081/2013

7.6 Geschwindigkeit Universitätsstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal vom 30.09.2013, TOP 8.2.4, Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 25.11.2013, TOP 8.1.1
sowie mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 05.11.2013, TOP 8.4
3796/2013

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Prioritätenliste Aufzugsnachrüstung und Bahnsteiganhebungen
Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke
- 8.2 Fahrtreppen Köln-Kalk
Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke
- 8.3 S-Bahnhaltestelle Köln-Holweide
Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke
- 8.4 Radverkehr am Auenweg
Erinnerung des RM Stahlhofen
- 8.5 Radwegeführung zur Deutzer Brücke
Anfrage des RM Stahlhofen
- 8.6 Geschwindigkeitskontrollen außerhalb von Unfallschwerpunkten
Anfrage des SE Joisten
- 8.7 Kreuzung Frankfurter Straße/Ostheimer Straße/Rösrather Straße
Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.8 Lärmschutzwall Lövenich
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
- 8.9 Südbahnhof
Anfrage des RM Wolter
- 8.10 Sachstand zur Sperrung des Roncalliplatzes für den Kfz-Verkehr
Anfrage des RM Wolter
- 8.11 Neue Abstellanlage sowie weiteres Zuführungsgleis der KVB in Weidenpesch
Anfrage des RM Hammer
- 8.12 Mittel für Straßenunterhaltung
Anfrage des SE Schmitz
- 8.13 Sachstand Fernlinienbusbahnhof
Anfrage des RM van Benthem
- 8.14 Winterdienst
Anfrage des RM Möring
- 8.15 Variante 5 der Ortsumgehung Meschenich
Anfrage des RM Möring

- 8.16 Sachstand zur Kreuzung Luxemburger Straße/Militärringstraße
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.17 Außergemeindliche Radschnellwege
Anfrage des RM Zimmermann
- 8.18 Sachstand zur Brücke am Aachener Weiher
Anfrage des RM Zimmermann
- 8.19 Starenkästen auf der Zoobrücke
Erinnerung des SE Preckel

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
 - 12.1 Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke
3314/2013
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**
- 17 Verabschiedung von RM Möring**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines neuen Mitgliedes des Verkehrsausschusses

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 19.11.2013 betr. Gründung einer neuen Verkehrsexpertengruppe AN/1388/2013

Stellungnahme der Verwaltung 4071/2013

Eine erste Stellungnahme wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 betr. Veraltete Lichtsignalanlagen in der Stadt Köln AN/1418/2013

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine schriftliche Stellungnahme zur kommenden Sitzung zu.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.10.2013 betr. Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes zum Köln Marathon AN/1273/2013

Herr Kilp, Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, führt aus, dass der Köln Marathon sicherlich zu den größten Veranstaltungen in Köln zähle. Es sei selbstverständlich, dass für derartige Veranstaltungen ein Verkehrskonzept vom Veranstalter erstellt werde und neben den städtischen Ämtern auch die Polizei, die Berufsfeuerwehr und die KVB einbezogen werden. Bei den Sperrungen müsse immer abgewogen werden zwischen dem, was für die Veranstaltung notwendig sei und dem, wie der Eingriff in den Straßenverkehr zu erfolgen habe. 22.000 Teilnehmer müssten in einer sehr intensiven Logistik vom Start bis zum Ziel, hier die Gereonsstraße, betreut werden. Am 18.09. habe insbesondere für die Anlieger im Zielbereich eine auch über die Presse kommunizierte Informationsveranstaltung stattgefunden. Daneben wurden Flugblätter in die Briefkästen verteilt und auf Schildern die Strecke für jeden sichtbar dargestellt. Selbstverständlich werden derartige Veranstaltungen auch nachbereitet. Ob künftig der Auf-

baubeginn etwas später erfolgen könne, werde in einer solchen Auswertungsrunde abgestimmt.

SE Preckel betont, dass es der FDP-Fraktion nur darum gehe, die Sperrzeiten für die Anlieger zu verkürzen. Den Antrag könne er zunächst als erledigt betrachten.

Auf eindringliche Anregung des RM Möring sagt Herr Kilp zu, künftig die verkehrspolitischen Sprecher über derartige Auswertungsrunden von Großveranstaltungen zu informieren.

> Der Antrag wird vom Antragsteller zunächst als erledigt angesehen.

2.2 Platzumgestaltung Ebertplatz hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Quartiergarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes und für Alternativstandorte im näheren Umfeld AN/1501/2013

RM dos Santos Herrmann merkt für die SPD-Fraktion an, dass diese der Angelegenheit vor einigen Monaten noch sehr skeptisch gegenüber gestanden habe. Nach intensiven fraktionsübergreifenden Gesprächen habe sie sich jedoch dazu entschlossen, nun auch andere Möglichkeiten in dieser Sache prüfen zu lassen. Bei den Alternativstandorten denke sie beispielsweise an das Grundstück in der Nähe der Turiner Straße hinter dem heutigen REWE sowie das sogenannte Dreiecksgrundstück am Salzmagazin.

RM Tull schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Worten an. Zudem nehme sie sich zu Herzen, dass es nach der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit nur sehr zögerlich mit der Umsetzung des Masterplans voran gehe. Diesen optischen Eindruck möchte sie mit dem vorliegenden Antrag etwas korrigieren. Persönlich halte sie die Realisierung einer Tiefgarage unterhalb der Platzfläche für unwahrscheinlich; dazu seien die Verhältnisse zu schwierig.

RM Weisenstein greift diese letzte Wortmeldung auf und gibt zu bedenken, dass die Machbarkeitsstudie Kosten i.H. v. 75.000 € verursache. Angesichts der angespannten Haushaltslage sollten aus seiner Sicht andere Prioritäten gesetzt werden.

Für die CDU-Fraktion macht RM Möring deutlich, dass gerade in so einem komplexen Fall eine Machbarkeitsstudie sinnvoll und diese das Geld wert sei.

BG Höing begrüßt den vorliegenden Antrag. Er betont jedoch nachdrücklich, dass die Wahrnehmung der Verwaltung zur Umsetzung des Masterplans eine etwas andere sei. Es sei eine Vielzahl an Projekten auf den Weg gebracht worden, die nun sukzessive umgesetzt werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Vergabe für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Quartiergarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes und für Alternativstandorte im näheren Umfeld fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Vergaben.

Der voraussichtliche Aufwand für die Erstellung der Machbarkeitsstudie beträgt rund 75.000,- Euro. Die Mittel sind im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 Generalsanierung der Waldsiedlung – Ausführungsplanung 1. Bauabschnitt in Köln-Junkersdorf
3497/2012**

Ausschussvorsitzender Waddey weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung in diesem Fall das Entscheidungsrecht für sich reklamiert habe. Von einer kommunalverfassungsrechtlichen Debatte möchte er absehen, er halte die Kritik der Bezirksvertretung jedoch für berechtigt, da der Rat die erforderlichen Mittel für die Maßnahme im Haushaltsplan bereit gestellt habe und die Maßnahme zudem in ihrer Bedeutung nicht über den Stadtbezirk hinausgehe. Unabhängig von diesen Ausführungen schlage er vor, sich in der Sache dem geänderten Beschluss der Bezirksvertretung anzuschließen.

Geänderter Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Ausführungsplanung für die Generalsanierung der Waldsiedlung 1. Bauabschnitt gemäß Anlage 2 zu erstellen und die Maßnahme umzusetzen.

2. *Der Platz Bert-Fenger-Straße Ecke Tannenstraße wird als Platz, nicht als Parkplatz gestaltet.*

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.2 Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße
3938/2011**

Für die FDP-Fraktion zeigt sich RM Kirchmeyer sehr überrascht über den neuen Beschlussvorschlag in Anlage 11/12, der von den Abstimmungen, die beim Ortstermin vereinbart wurden, abweicht und bittet um Erklärung.

RM Tull bestätigt, dass beim Ortstermin zwar im Wesentlichen Einvernehmen erzielt werden konnte. Nicht geklärt werden konnte jedoch die Frage, ob Fußgänger auf der nördlichen Seite der Kreuzung die Universitätsstraße in einem Zuge queren können. Seitens der Verwaltung wurde dargelegt, dass bei zwei Linksabbiegerspuren die Fußgänger nicht zeitgleich grün bekommen können; dies sei aus Sicherheitsgründen durchaus nachvollziehbar. Ihres Erachtens müsse jedoch auch eine Linksabbiegespur für die Verkehrsmenge ausreichend sein, so dass diese Lösung nun – zunächst probeweise - umgesetzt werden soll.

Frau Kirchmeyer zeigt sich nicht überzeugt und möchte zudem für diese neue Variante auch das Votum der Bezirksvertretung Lindenthal einholen.

SE Preckel weist darauf hin, dass hier alternativ auch eine Computersimulation hätte durchgeführt werden können. Die Verkehrsmengen seien sicherlich bekannt.

Auch RM Möring plädiert für eine erneute Beratung in der Bezirksvertretung Lindenthal. Ggf. könne ein Vorbehaltsbeschluss gefasst werden. In der Sache selber finde er den in Rede stehenden Versuch sinnvoll und pragmatisch.

Vorsitzender Waddey weist darauf hin, dass auch die Bezirksvertretung Innenstadt beteiligt werden müsse und stellt den Vorschlag von RM Möring zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt – *vorbehaltlich der Zustimmungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal* - die Verwaltung, für den Knoten Universitätsstraße/Dürener Straße auf der Grundlage der Variante 3 der Vorentwurfsplanung die Entwurfs- und Ausführungsplanung für die straßenbaulichen und lichtsignaltechnischen Maßnahmen zu erstellen.

In einem Verkehrsversuch soll nach der Umgestaltung zunächst die Variante umgesetzt werden, in der die Fußgänger und der Radverkehr die Universitätsstraße auf der neuen nördlichen Furt in einem Zug queren können. Dafür muss auf eine von zwei Linksabbiegespuren von der Dürener Straße auf die Universitätsstraße verzichtet werden. Bei nur einer Linksabbiegespur aus der Dürener Straße kann diese mit der parallel laufenden Furt über die Universitätsstraße zeitgleich grün geschaltet werden.

In dem etwa zweiwöchigen Verkehrsversuch soll die tatsächlich entstehende Rückstausituation in der Dürener Straße beobachtet werden. Die Markierungen werden daher zum Teil nur in gelber Baustellenmarkierung aufgebracht, um sie ggf. leicht ändern zu können. Falls der Versuch negativ ausgeht, wird kurzfristig eine Änderung (zweispuriges Linksabbiegen von der Dürener Straße) der Markierung und Signalisierung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

4.3 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Sanierung der Fußgängerbrücke Leichweg 1952/2013

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, trägt die noch ausstehende Stellungnahme der Verwaltung vor > *vgl. hierzu Anlage 1 zur Niederschrift.*

Es besteht Einvernehmen, dass hier noch weiterer Beratungsbedarf besteht.

> Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 28.01.2014 vertagt.

**4.4 Erneuerung von Lichtsignalanlagen auf der Neusser Straße
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
27.11.2007, TOP 4.9
2821/2013**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.5 Stadtbahnhaltestelle Geldernstraße/Parkgürtel
hier: Planungsbeschluss für Maßnahmen zur Attraktivierung der Halte-
stelle bzw. zur Beseitigung von Angsträumen
0804/2013**

Vorsitzender Waddey schlägt vor, sich dem Votum der Bezirksvertretung Nippes anzuschließen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planung zur Beseitigung von Angsträumen bei gleichzeitiger Attraktivierung der Haltestelle Geldernstraße/Parkgürtel weiterzuführen, die Finanzierung sicherzustellen, evtl. Genehmigungen zu beantragen, die erforderlichen Verträge mit der DB zu schließen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Die Mittel stehen im städtischen Haushaltsplan 2013 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auf der östlichen Seite im Gebäude ein Kiosk betrieben werden kann (räumlich und wirtschaftlich).

Die Verwaltung wird weiterhin gebeten zu prüfen, ob statt des Graffitischutzes künstlerische Graffiti (z.B. durch die Mittwochsmaler) auf den Betonwänden angebracht werden können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Fortschreibung Nahverkehrsplan;
hier: Busanbindung Schanzenstraße
3399/2013**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.7 Baubeschluss für den Umbau des Kreuzungsbereiches Brunostraße /
Karolingerring sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-2141, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3338/2013**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Brunostraße / Karolingerring fest und beauftragt die Verwaltung mit der Ausführung der Baumaßnahme.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Brunostraße / Karolingerring in Höhe von 398.074,34 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-2141, Bahnübergang Brunostraße/Karolingerring, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2013.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; Deckensanierung Brückenstraße, Köln-Rodenkirchen 2929/2013

Ausschussvorsitzender Waddey möchte wissen, in welcher Reihenfolge bzw. nach welchen Prioritäten das Straßenunterhaltungsprogramm abgearbeitet werde. Sicherlich sei die Brückenstraße sanierungsbedürftig; gleichwohl gebe es viele Straßen, die in einem schlimmeren Zustand seien. Wenn diese Deckensanierung nun durchgeführt werde, sollte die Verwaltung jedoch auch die Nebenanlagen in Augenschein nehmen. In nördlicher Richtung gebe es keinen Radweg, in südlicher Richtung auf dem nördlichen Abschnitt einen Radweg auf dem Gehweg. Da die Straße sehr breit und wenig befahren sei, rege er an, im Rahmen der Deckensanierung auf beiden Seiten Schutzstreifen für Radfahrer zu markieren. Auch Vorkehrungen für die Errichtung eines Buskaps an der Bushaltestelle seien wünschenswert.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die Verwaltung grundsätzlich bei jeder Straßensanierung die Anlage von Schutzstreifen prüfe. Hier bei der Brückenstraße sei dies möglich, allerdings nicht durchgehend. Im Zuge dieser Deckensanierung werde die Verwaltung zudem die Nebenanlagen sanieren und eine von der BV gewünschte Fußgängerquerung. Die Errichtung eines Buskaps müsse zu gegebener Zeit über eine andere Finanzierung bzw. ein anderes Programm erfolgen. Er sagt jedoch zu, etwaige Vorkehrungen hierfür zu prüfen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den erhöhten Bedarf für die Farbahn-, Gehweg- und Radwegsanierung der Brückenstraße in Köln-Rodenkirchen fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.9 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Generalinstandsetzung von Straßen (Hermeskeiler Straße) 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 3603/2013

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bittet den hiesigen Ausschuss einen Wiedervorlageverzicht auszusprechen, um den Finanzausschuss noch in diesem Jahr zu erreichen.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Generalinstandsetzung der Hermeskeiler Straße fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die BV Lindenthal uneingeschränkt zustimmt.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Generalinstandsetzung der Hermeskeiler Straße in Höhe von 247.064,04 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-0-6605 – Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.10 Baubeschluss zur Umgestaltung des Knotenpunktes Blaubach/Waidmarkt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-1073, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 3318/2013

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Ausbau des Knotenpunktes Blaubach / Waidmarkt auf der Grundlage der Anlage 1 durchzuführen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Innenstadt uneingeschränkt zustimmt.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Umgestaltung des Knotenpunktes Blaubach / Waidmarkt in Höhe von 311.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-1073 Waidmarkt / Blaubach, Umbau Knotenpunkt, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 234. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2796/2013

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 234. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln

5.2 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Erweiterter Planungsbeschluss 2790/2013

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 04.12.2013
AN/1492/2013**

**Änderungsantrag der Freien Wähler Köln vom 05.11.2013
AN/1294/2013**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist eingangs darauf hin, dass nach einem klärenden Gespräch mit der Bezirksregierung ein Planfeststellungsverfahren nur für die Gleise und die Haltestellen nicht möglich sei; damit würde die Rechtsgrundlage für die Festsetzung für die Straßenränder und somit für den Abriss der drei Häuser, Fällung von Bäumen, Verlegung von Leitungen, Grunderwerb und Führung und Breite der Anlagen für den IV sowie der Nebenanlagen entfallen. Allerdings könne die Verwaltung jederzeit und problemlos, jedoch in Abstimmung mit der Politik und der Bezirksregierung Köln, Nebenanlagen oder Fahrstreifen beispielsweise später wieder ändern; hier habe die Stadt Köln nach erfolgter Planfeststellung Planungshoheit.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, nimmt Bezug auf den vorliegenden Antrag und führt aus, dass die Errichtung von Mittelbahnsteigen durchaus möglich sei. Im Bereich des Gürtels sei jedoch Voraussetzung, dass der Verkehr von Zollstock kommend rechts in die Bonner Straße – Richtung stadtauswärts - abbiegend freilaufend geführt werden muss, da ansonsten sehr lange Fußgängerschutzzeiten gewährt werden müssten, die sich auf den Stadtbahn- und auch auf den Autoverkehr auswirken würden.

Hinsichtlich der Abbiegesituation an der Schönhauser Straße/Bonner Straße – Richtung stadteinwärts - könne eine überbreite Spur angelegt werden, da es nicht sehr viele Rechtsabbieger gebe.

Ein weiterer Diskussionspunkt sei die Führung des Radverkehrs im Bereich Bonner Straße/Marktstraße/Brühler Straße gewesen. Hier schlage die Verwaltung als Kompromiss nun vor, den relativ breiten Gehwegbereich rechts zu öffnen, damit der Radfahrer wählen könne, ob er die Fahrbahn oder den Gehweg nutzt. Am Raderberggürtels bestehe eine ähnliche Situation.

Für die SPD-Fraktion legt RM dos Santos Herrmann dar, dass sie sich nach längerer Beratung für die Anlage von Mittelbahnsteigen entschieden habe. Die eben vorgetragenen Erläuterungen zur Kreuzung Schönhauser Straße/Bonner Straße seien sehr wichtig und plausibel gewesen. Das Angebot, die Seitenanlagen auch nutzen zu können, erachte sie als gut und zufriedenstellend.

An Herrn Neweling gerichtet weist sie darauf hin, dass ihr Änderungsantrag die Formulierung „Hierbei sind nur die für den Stadtbahnbau unbedingt notwendigen Flächen zur Planfeststellung zu bringen“ nutze und diese in ihren Augen sehr offen sei. Sie möchte wissen, ob der Verwaltung damit die Möglichkeit gegeben werde, doch noch Punkte nicht in die Planfeststellung aufzunehmen, die nicht unbedingt erforderlich seien.

Herr Neweling bestätigt, dass die Formulierung für das weitere Verfahren akzeptabel sei. Es sei deutlich geworden, dass sich diese durchaus auch auf Bordsteine und Nebenanlagen beziehe.

Seitens der CDU-Fraktion teilt RM Möring mit, dass die gesamte Maßnahme in der vorgelegten Form nicht mitgetragen werde. Dies sei aber in der Einstreifigkeit der Bonner Straße begründet. Die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn werde durchaus begrüßt. Allerdings werde hier eine grenzwertige Situation geschaffen, die den IV nennenswert behindert. Gleichwohl sehe seine Fraktion einzelne Maßnahmen, die positive Änderungen hervorrufen könnten und stimme insofern dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Skeptisch sehe er – bezogen auf die Ausführungen von Herrn Neweling – die etwaige nachträgliche Änderung der Nebenanlagen, hier befürchte er ein zuschussrechtliches Problem. Zudem denke er, dass die Finanzierung des Straßenbauteils letztendlich allein von der Stadt Köln getragen werden müsse.

RM Tull moniert, dass die sehr ausführlichen und informativen Anlagen 35 – 37 sehr kurzfristig vorgelegt wurden; es habe keine Möglichkeit gegeben, hierüber noch fraktionsintern zu beraten. Zudem kritisiert sie zum wiederholten Male, dass auch im vorliegenden Fall wieder die Ingenieursgesellschaft Brenner die Verkehrsuntersuchung durchgeführt habe. Aus ihrer Sicht konzentriere die sich immer und ausschließlich auf den Autoverkehr und habe keinen Blick auf die anderen Verkehrsteilnehmer.

An der Kreuzung Bonner Straße sollte aus ihrer Sicht nochmals geprüft werden, ob dort trotz Mittelbahnsteige der östliche freilaufende Rechtsabbieger – aus Süden kommend in den Bayenthalgürtel - ggf. wegfallen und durch eine normale Rechtsabbiegerspur ersetzt werden kann. Sowohl für den Fuß- als auch für den Radverkehr seien freilaufende Rechtsabbiegerspuren eine extreme Gefahrenquelle.

Dass die Nebenanlagen zum Planfeststellungsverfahren dazugehören, sei ihrer Fraktion sehr wohl bewusst; nicht glücklich sei sie jedoch über die Tatsache, dass die Verwaltung darüber hinaus 100 m in die Seitenstraßen Schönhauser Straße und Marktstraße hinein geplant habe. Hier sollte man sich nicht bereits jetzt festlegen.

RM Kirchmeyer weist seitens der FDP-Fraktion die Kritik an der Ingenieursgesellschaft Brenner vehement zurück. Dies sei eine alteingesessene und seriöse Firma, die die Gutachten so neutral wie möglich halte. In der Sache selber teilt sie ihre Ablehnung mit. Ihre Fraktion halte auch weiterhin zwischen Marktstraße und Gürtel eine U-Bahn für die optimale Lösung. Im Übrigen halte sie die Verkehrsbeziehungen der 3.

Baustufe und die Querung der Rheinuferstraße, über die die Technische Aufsichtsbehörde noch nicht entschieden habe, für nicht akzeptabel.

RM Weisenstein schließt sich der Kritik am Verkehrsgutachten an. Er bitte jedoch noch um Mitteilung, ob das Gutachten davon ausgehe, dass sich durch die Umsteiger vom Auto in die Bahn der Autoverkehr in dem Streckenabschnitt verringern werde. Zudem spricht er die von Herrn Harzendorf erläuterte Flächenreduzierung an der Kreuzung Schönhauser Straße/Bonner Straße/Marktstraße an und fragt nach einer groben Größenordnung. An die Antrag stellenden Fraktionen richtet er letztendlich die Frage, ob der angesprochene Wegfall des freilaufenden Rechtsabbiegers nicht in den Beschluss mit aufgenommen werden sollte.

RM Henseler nimmt Stellung zu seinem im Stadtentwicklungsausschuss eingereichten Änderungsantrag, im Wesentlichen zum Standort der Parkpalette, Verdrängungsverkehr in andere Straßen und fehlendes Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Süden. Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erachte er im Übrigen als zufriedenstellender als die Verwaltungsvorlage. Er rege jedoch an, diesen wie folgt zu ergänzen: „Die über den Planfeststellungsbeschluss hinausgehenden Nebenanlagen sollten auf der Grundlage eines zu erstellenden Verkehrskonzeptes für den Kölner Süden geplant werden.“

Herr Harzendorf teilt mit, dass die Beschwerden der Bürgerinitiativen aus dem Kölner Süden bekannt seien und die Verwaltung das Gespräch mit ihnen suchen werde. Den Vorwurf, dass es kein Verkehrskonzept für den Kölner Süden gebe, müsse er jedoch zurückweisen. Es existiere sogar ein Verkehrskonzept für die gesamte Stadt. Sicherlich verändern sich die Gegebenheiten und Anforderungen, so dass es immer wieder angepasst werden müsste. Dies passiere jedoch auch: Hier sei nicht nur die Bonner Straße betrachtet worden, sondern vielmehr der gesamte Netzzusammenhang von der Rheinuferstraße bis zur Vorgebirgsstraße.

Zu der von Herrn Weisenstein aufgeworfenen Frage nach der Flächenreduzierung führt er aus, dass die Verwaltung hier ca. 80-90 m² im Straßenbereich einsparen und für den Fußgänger zur Verfügung stellen könnte. Dass künftig mehr Menschen mit der Stadtbahn fahren, haben die verkehrstechnischen Untersuchungen gezeigt. So werden es lt. Prognose in 2025 auf allen fünf Achsen von der Vorgebirgsstraße bis zur Bonner Straße trotz erheblicher Aufsiedlungen im Kölner Süden in etwa „nur“ 1.000 Fahrzeuge mehr sein.

Den Vorschlag von RM Tull, den östlich freilaufenden Rechtsabbieger von der Bonner Straße in den Bayenthalgürtel wegfallen zu lassen, halte er aus Kapazitätsgründen für schwer umsetzbar. Viele nutzen diesen, um durch einen U-Turn letztlich in Richtung Zollstock zu fahren.

SE Vietzke jedoch macht darauf aufmerksam, dass nördlich des Gürtels ein U-Turn vorhanden sei, mit dem die Linksabbiegebeziehungen einfacher und eleganter als mit dem freilaufenden Rechtsabbieger gelöst werden können.

Herr Harzendorf sagt eine diesbezügliche Prüfung zu.

RM dos Santos Herrmann spricht abschließend nochmals die Kreuzung Schönhauser Straße und die von Herrn Harzendorf aufgezeigte Möglichkeiten an. Sie sei nicht abgeneigt, hier noch Veränderungen/Verengungen vorzunehmen; die Aufnahmefähigkeit für den MIV müsse jedoch auf jeden Fall gewährleistet sein.

Ausschussvorsitzender Waddey fordert die Verwaltung nachdrücklich auf, bei wesentlichen Änderungen, die sich im Planfeststellungsverfahren ergeben, die Politik umgehend zu informieren bzw. zu beteiligen. Er stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und lässt über die Änderungsanträge sowie die Verwaltungsvorlage abstimmen.

1. Beschluss (Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Planung der 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Entwurfsplanung von September 2013 weiterzuverfolgen, die Genehmigungsplanung zu erstellen und die Planfeststellung bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Hierbei sind nur die für den Stadtbahnbau unbedingt notwendigen Flächen zur Planfeststellung zu bringen.

Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, die Planung der Endhaltestelle auf Höhe der Lindenallee (Anlage 8) weiterzuverfolgen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, alle Haltestellen als Mittelbahnsteige auszuführen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

2. Beschluss (Änderungsantrag der Freien Wähler Köln):

In Absatz 2 der Vorlage werden die letzten beiden Sätze von "Eine Vorlage bis ...neu gebaut werden" gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

"Die Verwaltung soll darüber hinaus sicherstellen, ebenfalls in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und zu beteiligenden Behörden, dass die planerischen Vorarbeiten für die zukünftige Verlängerung der Stadtbahn nach Rondorf, Im mendorf und Meschenich (4. Baustufe) auf der Grundlage eines Verkehrskonzepts für den Kölner Süden erfolgen können, ohne eine spätere Verschiebung der jetzt zu planenden Haltestelle Arnoldshöhe vornehmen zu müssen.

Dabei soll der Ausbau des Verteilerkreises so antizipiert werden, dass von den verschiedenen Vorschlägen der örtlichen Bürgervereine und Initiativen die für die Stadt kostengünstigste und verkehrstechnisch sinnvollste Lösung planerisch aufgegriffen wird.

Dabei geht es einmal um den Vorschlag des Bürgervereins Bayenthal-Marienburg und der Interessengemeinschaft Marienburg, der eine unterirdische Querung des Verteilerkreises durch die Stadtbahn und eine ebenfalls unterirdische freilaufende Fahrspur für Individualverkehr vom östlichen Militärring kommend zur Autobahn und oberirdische freilaufende Abbiegespuren jeweils vom westlichen Militärring zur Bonner Str. bzw. zur Autobahn vorsieht.

Der Ansatz der AG Heidekaul (3-Phasen-Modell), geht aus von einer ebenerdigen Querung des Verteilers durch die Stadtbahn, einer Unterführung unter der Bonner Straße nördlich davon, bei gleichzeitiger Nutzung der vorhandenen Unterführung süd-

lich des Verteilerkreises für den Verkehr aus Rondorf und dem westlichen Militärring zur Rheinufer- und Bonner Straße. (Der Verkehr stadtauswärts von der Bonner Str. zum Rheinufer soll ebenfalls dort hergeführt werden).

In Höhe Bayenthals soll die Verwaltung prüfen, in wie weit ein dreispuriger Ausbau der Bonner Straße möglich ist (zwei Spuren stadteinwärts), wenn die Haltestellen Cäsarstraße und Bonner Str./Gürtel als Mittelbahnsteiglösungen ausgeführt werden.

Südlich des Militärrings sollen zusätzliche P+R-Anlagen geplant werden (z.B. in Gondorf in Anbindung der A 555 über die L 155 an die Stadtbahnlinien 16 und 17; sowie an zwei Standorten unmittelbar südlich des Verteilerkreises bei Fortführung der Stadtbahn, 4. Baustufe).

Auf den Parkhausstandort D (an der Heidekaul) soll verzichtet werden."

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

3. Beschluss (Gesamtabstimmung über die so modifizierte Verwaltungsvorlage):

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Planung der 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Entwurfsplanung von September 2013 weiterzuverfolgen, die Genehmigungsplanung zu erstellen und die Planfeststellung bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Hierbei sind nur die für den Stadtbahnbau unbedingt notwendigen Flächen zur Planfeststellung zu bringen.

Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, die Planung der Endhaltestelle auf Höhe der Lindenallee (Anlage 8) weiterzuverfolgen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, alle Haltestellen als Mittelbahnsteige auszuführen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

5.3 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6901-1202-5-0240, Fußgängerbrücke Ginsterberg 2501/2013

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung für die „Fußgängerbrücke Ginsterberg“ um rund 169.500,00 EUR auf eine Gesamtsumme von rund 374.000,00 EUR zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung Baumaßnahme.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Bereitstellung und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Finanzstelle 6901-1202-5-0240, Fußgängerbrücke Ginsterberg, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2013 in Höhe von 107.500,00 EUR im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlung im gleichen Teilfinanzplan, in gleicher Teilplanzeile, bei Finanzstelle 6903-1202-1-6306; - Neubau Hst. auf der Severinsbrücke -, Hj. 2013. Die Mittel werden dort nicht benötigt, da sich die Maßnahme zeitlich verschiebt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.4 Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 3098/2013

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 12. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal
3131/2013**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet südlich der Straße Heidekaul, westlich der Bonner Straße, nördlich der Militärringstraße und östlich der Wohnbebauung (Heidekaul 1 bis 9) — Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal— aufzustellen mit dem Ziel, eine Park-and-ride-Anlage, eine Fläche für Sportanlagen (Tennisanlage) sowie den vorhandenen Baumbestand als öffentliche Grünfläche festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal— zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

**5.6 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3586/2013**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sicherungsmaßnahmen an der Straße Alter Militärring in Köln-Müngersdorf zur Gefahrenabwehr
3067/2013**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf zur Planung für den Neubau einer Stützwand an der Straße „Alter Militärring“, Köln-Müngersdorf, fest und beauftragt die Verwaltung, die Finanzierung sicherzustellen sowie die Planung der Sicherungsmaßnahmen in Form einer Gabionenwand zur Gefahrenabwehr an der Böschung zur Straße Alter Militärring bis zur Ausschreibung vorzubereiten. Zusätzlich beschließt der Ausschuss für Umwelt und Grün, dass die erforderlichen Ingenieurleistungen und Gutachten an externe Büros vergeben werden und er beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Vergaben.
2. Gleichzeitig beschließt der Finanzausschuss die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 80.000,00 EUR bei der Finanzstelle 6901-1202-3-0440, „Neubau Stützwand Alter Militärring“, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -, Hj. 2013.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
hier: Gewässerentwicklungskonzept Köln
2810/2013**

RM Noack merkt kritisch an, dass die Verwaltungsvorlage aus seiner Sicht nicht in Gänze durchdacht worden sei. Der Strunder Bach sei seit dem Mittelalter der mülhstenreichste Bach des Deutschen Reiches gewesen, gehe in Holweide in die Kanalisation rein und solle nun irgendwann versickern. Nach den vorliegenden Plänen sollen nun noch Fischtreppe gebaut werden – in einem Bach, in dem keine Fische vorhanden seien - und der Bach soll mäandrieren. Zudem verfüge die Gipsmühle beispielsweise über ein Wasserrecht für den Antrieb von Turbinen; dieses sei nutzlos, wenn der Bach verlegt werde.

Frau Förster, Vertreterin der StEB, teilt mit, dass das Gewässerentwicklungskonzept vor dem Hintergrund der entsprechenden EU-Richtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie, entstanden sei. Diese besagt, dass versucht werden müsse, die größeren Gewässer in einen ökologisch guten Zustand zu bringen. Den StEB sei durchaus bewusst, dass es Konflikte zwischen der heutigen Nutzung – Wasser- und Freizeitnutzung – und der ökologischen Nutzung gebe; hier müsse bei den Einzelmaßnahmen zu gegebener Zeit noch abgewogen werden. Dies konnte bei dem nun vorliegenden „Grobkonzept“ noch nicht erfolgen. Die einzelnen Wasserrechte anderer werden natürlich berücksichtigt.

RM Noack weist abschließend darauf hin, dass allein die Maßnahme Strunder Bach mit Kosten i.H.v. 900.000 € zu Buche schlage und die StEB mit dem vorliegenden Beschluss einen Freifahrtschein erlangen würden. Dem könne sich die SPD-Fraktion nicht anschließen.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage heute ohne Votum zu verweisen. Die Bezirksvertretungen Kalk und Mülheim hätten die Beschlussfassung bereits vertagt und zudem sehe er auch keine verkehrliche Bedeutung für den hiesigen Ausschuss.

> Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

5.9 Betreuung der KVB mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung des BOS-Funks in Stadtbahntunneln 2622/2013

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, die KVB mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung des BOS-Funks in Stadtbahntunneln zu betrauen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt in diesem Zusammenhang die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dem Betrieb und der Unterhaltung des BOS-Funks in Stadtbahntunneln ergebenden Folgekosten in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Fertigstellung und Inbetriebnahme. Bei der Ermittlung der Folgekosten sind evtl. gewährte Fördermittel in Abzug zu bringen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.10 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sanierung der Brückenbauwerke Merianstraße über den Fühlinger See
und Industriestraße
3574/2013**

RM Kirchmeyer wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob im Rahmen der in Rede stehenden Maßnahme auch ein Stichkanal mit Wendemöglichkeit für den Sportverein gebaut werden kann, damit auf der Regattabahn wieder internationale Veranstaltungen durchgeführt werden können. Sie bitte dies zu prüfen und dem Sportausschuss mitzuteilen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Instandsetzung der Brückenbauwerke Merianstraße über den Fühlinger See und Industriestraße bei Gesamtkosten in Höhe von 2.310.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die benötigten Mittel in Höhe von 2.310.000,00 Euro sind im städtischen Haushalt 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Chorweiler der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.11 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Ladenzeile Heumarkt
Mehrkosten bei Ausbau und TGA sowie Verschlechterung der Vermarktungssituation
3493/2013**

> Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Barrierefreier Zugang zur Domplatte
hier: Mündliche Anfrage des SE Pannecke in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 17.09.2013, TOP 8.2
3650/2013**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Förderung des kommunalen Straßenbaus - Brandbrief des Oberbürgermeisters an den Landesbetrieb Straßenbau

**hier: Mündliche Anfrage des RM Möring aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 17.09.2013, TOP 8.7
3751/2013**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Gehwegbreite südliche Pipinstraße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 17.09.2013, TOP 8.5
3611/2013**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Gummifüllung bei Bahnschienen
hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.06.2013, TOP 8.6
3847/2013**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.5 Kreuzung Subbelrather Straße/Grüner Brunnenweg - Baustelle auf dem Radweg
hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 17.09.2013; TOP 8.4
3940/2013**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. RM Tull ist der Ansicht, dass es sich hier noch um eine andere Baustelle handeln müsse und sagt zu, Herrn Harzendorf zur Klärung ein Foto von der Örtlichkeit zukommen zu lassen.

**6.6 Radwegeverbindung entlang der Frankenwerft
hier: Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.11.2013, TOP 1.2
3641/2013**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.7 Koordination der Kölner Baustellen
hier: Anfrage der FDP zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.11.2013, TOP 1.1
3613/2013**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.01.2014 im Stadthaus Deutz abzuhalten und die vorgeschlagene Informationsveranstaltung im Anschluss durchzuführen. Der Sitzungsbeginn wird auf 15 Uhr vorverlegt.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Ausbau der Straße Am Kümpchenshof zwischen dem Hansaring und der Maybachstraße 3474/2013

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe - aktualisiertes Verkehrsgutachten 3511/2013

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2013 3675/2013

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 Ergebnisse der Projektwerkstatt Deutz von WochenKlausur Vorschläge zur Verbesserung des Stadtteils Alt-Deutz 3849/2013

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.5 Information Ausbau A 1 - Rheinbrücke Leverkusen 4081/2013

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.6 Geschwindigkeit Universitätsstraße hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal vom 30.09.2013, TOP 8.2.4, Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 25.11.2013, TOP 8.1.1 sowie mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsaus- schusses vom 05.11.2013, TOP 8.4 3796/2013

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Tull merkt an, dass dies zwar grundsätzlich sehr erfreulich sei, eine frühere Umsetzung jedoch wünschenswert wäre.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass dies sehr aufwändig und kostenintensiv sei. Auch im Straßenbereich müsse noch über Optimierungen nachgedacht werden. Er bitte um Verständnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Prioritätenliste Aufzugsnachrüstung und Bahnsteiganhebungen Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke

Seniorenvertreter Pannecke nimmt Bezug auf die in 2011 vorgelegten Prioritätenlisten und möchte wissen, ob diese noch den aktuellen Sachstand widerspiegeln. Von besonderem Interesse seien hierbei die Haltestellen Kalk-Post und Vingst.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, sagt zu, die Listen zu aktualisieren und dem hiesigen Ausschuss vorzulegen.

8.2 Fahrtreppen Köln-Kalk Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke

Seniorenvertreter Pannecke erinnert an die Fragestellung von Herrn Joisten in der Sitzung am 17.09. d.J. und bittet um Mitteilung, ob es nun am Jahresende 2013 neue Erkenntnisse hinsichtlich der Lebensdauer von ca. 35 Jahren bei den Rolltreppen gebe, um die Reparaturanfälligkeit einzugrenzen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist darauf hin, dass über die Situation in Kalk ausreichend in den Medien berichtet worden sei. Diese Treppen seien in der Tat über 30 Jahre alt und nun wirklich nicht mehr zu reparieren. Überraschend und misslich sei, dass alle drei vom TÜV stillgelegt worden seien. Die Fertigstellung sei für das Ende des 2. Quartals 2014 vorgesehen, die Ausschreibung dazu laufe derzeit.

RM van Benthem berichtet, dass die Verwaltung nach ihm vorliegenden Informationen bereits im Jahre 2012 Kenntnis von dem desolaten Zustand der Rolltreppen hatte und zunächst jedoch untätig geblieben ist. Der Beschluss zur Erneuerung sei erst im September d.J. per Dringlichkeitsentscheidung erfolgt. Er bittet um eine Erklärung.

Herr Neweling bestätigt die Kenntnisnahme des Zustandes im November 2012 aufgrund einer TÜV-Untersuchung. Aufgrund dieser Untersuchung wurde die Sanierung der Fahrtreppen im Gesamtprogramm auch vorgezogen und unverzüglich mit der Planung der Maßnahme begonnen. Die Stilllegung durch den TÜV sei allerdings erst im April 2013 erfolgt. Der Baubeschluss wurde wie von Herrn van Benthem erwähnt, in der Tat im September gefasst; ein schnelleres Verfahren und Abarbeiten sei nicht möglich.

SE Fahlenbock moniert in diesem Zusammenhang, dass beispielsweise in Deutz auch zeitgleich mit den Fahrtreppen die neue Aufzugsanlage stadtauswärts defekt war.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, teilt mit, dass die KVB hier Verträge mit Wartungsfirmen habe, die bei einer entsprechenden Meldung auch meistens innerhalb von weni-

gen Stunden die Reparatur durchführen. Oftmals gebe es allerdings so große Vandalismusschäden, dass die Reparaturen auch schon mal längere Zeit dauern können.

8.3 S-Bahnhaltestelle Köln-Holweide Anfrage des Seniorenvertreters Pannecke

Seniorenvertreter Pannecke berichtet, dass der Bahnsteig nicht behindertengerecht sei und es hierzu bereits umfangreichen Schriftverkehr gebe. Ihm gehe es nun um einen ebenerdigen Zugang vom Bahnsteig über eine Wiese zum Autoparkplatz sowie zur Bushaltestelle der Linie 157. Hindernis sei hier eine benötigte Eintragung der Grunddienstbarkeit für das Überqueren einer im Privatbesitz befindlichen Wiese. Die Bezirksvertretung Mülheim habe bereits im vergangenen Jahr den Beschluss gefasst, dem Eigentümer 379,50 € pro Jahr für die Nutzung/fußläufige Querung dieser Wiese zu bezahlen. Er bitte die Verwaltung um Mitteilung, wie hier weiter verfahren könne, da der Betroffene nicht reagiere.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt, dass bereits mehrfach versucht wurde, mit der betroffenen Person Kontakt aufzunehmen. Da jedoch kein Planrecht vorhanden sei, sei die Verwaltung derzeit auf eine freiwillige Vereinbarung angewiesen. Das hier mögliche Planverfahren dauere 5-6 Jahre; die Verwaltung versuche insofern weiterhin, ihn zu erreichen.

8.4 Radverkehr am Auenweg Erinnerung des RM Stahlhofen

RM Stahlhofen erinnert an die noch ausstehende Stellungnahme.

8.5 Radwegeführung zur Deutzer Brücke Anfrage des RM Stahlhofen

RM Stahlhofen fragt nach, warum die Radfahrer Richtung Deutzer Brücke in Höhe der Cäcilienstraße auf den Bürgersteig geführt werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert, dass es sich hier um den wiederhergestellten Bereich der Nord-Süd Stadtbahn handele und es jedoch einen Auftrag aus dem hiesigen Ausschuss gebe, den Schutzstreifen fortzuführen bis auf den Radweg Deutzer Brücke. Dies sei allerdings eine größere und umfangreichere Maßnahme mit aufwändiger Planung. Dem Radfahrer werde künftig die Wahl zwischen Schutzstreifen auf der Fahrbahn und Radweg gelassen.

8.6 Geschwindigkeitskontrollen außerhalb von Unfallschwerpunkten Anfrage des SE Joisten

SE Joisten nimmt Bezug auf die neue Gesetzeslage und bittet um Mitteilung des entsprechenden Kriterienkataloges.

Herr Kilp, Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, weist darauf hin, dass es hierzu eine umfangreiche Mitteilung in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses gegeben habe. Grundsätzlich werde bei Beschwerden über zu hohe Geschwindigkeiten in Wohngebieten die Situation zunächst über Messungen mittels Seitenradarwagen erfasst. Mit der Polizei sei vereinbart, dass bei einer 20%igen Überschreitung der Ge-

schwindigkeit die Verwaltung dann Kontrollen über mobile oder aber auch mit stationären Überwachungsanlagen vornehme.

8.7 Kreuzung Frankfurter Straße/Ostheimer Straße/Rösrather Straße Anfrage des RM dos Santos Herrmann

RM dos Santos Herrmann legt dar, dass vor ca. 2 Jahren Verbesserungen im Kreuzungsbereich vorgenommen wurden und die Situation anschließend auch zu Verkehrsspitzenzeiten etwas entspannter war. Nun konnte in letzter Zeit immer wieder beobachtet werden, dass die Linksabbieger von der Ostheimer Straße kommend Richtung Mülheim in den Umläufen kein Grün bekommen und darüber hinaus auch öfters alle Fahrspuren gleichzeitig Rot haben und somit völliger Stillstand herrsche.

Sie bittet um Überprüfung und schriftliche Stellungnahme.

8.8 Lärmschutzwall Lövenich Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

Vorsitzender Waddey verweist auf einen Presseartikel von heute (Kölner Stadtanzeiger, Stadtteil Ausgabe West), nach dem ein mit Flechtwerk bewachsener Lärmschutzwall in Lövenich auf einer Länge von 50 m eingestürzt ist und die Anwohner seit Wochen vergeblich versuchen, eine zuständige Stelle bei der Stadtverwaltung zu finden. Er bitte die Verwaltung dringend sich der Angelegenheit anzunehmen.

8.9 Südbahnhof Anfrage des RM Wolter

RM Wolter fragt nach dem Sachstand; insbesondere möchte er wissen, wie weit die Planungen vorangeschritten seien und wie die Gespräche mit der Bahn verlaufen. Er bittet um eine schriftliche Stellungnahme.

8.10 Sachstand zur Sperrung des Roncalliplatzes für den Kfz-Verkehr Anfrage des RM Wolter

BG Höing berichtet, dass zwischenzeitlich mit dem Eigentümer des Domhotels vereinbart werden konnte, dass die Verkehre künftig anderweitig – d.h. über die Tiefgarage und über die Straße Am Hof – abgewickelt werden.

Frau Willms, stellv. Leiterin des Bauverwaltungsamtes, informiert ergänzend, dass die geplante Einziehung des Platzes nach dem Beschluss des hiesigen Ausschusses im Amtsblatt veröffentlicht wurde. Derzeit laufe noch die 3-Monats-Frist für etwaige Äußerungen und Einwendungen seitens der Anwohner/Betroffenen. Anschließend erfolgen die Auswertung der bereits jetzt zahlreich eingegangenen Einwendungen sowie die Vorlage im Verkehrsausschuss. Ob dies bereits zur nächsten Sitzung fertig gestellt werden könne, könne sie nicht zusagen.

8.11 Neue Abstellanlage sowie weiteres Zuführungsgleis der KVB in Weidenpesch Anfrage des RM Hammer

RM Hammer fragt nach, wie weit die Planungen der KVB hierzu gediehen seien und ob auch die Politik hieran beteiligt bzw. hierüber informiert werde.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, bestätigt, dass die Planungen der KVB eine Erhöhung der Abstellkapazitäten und einen zusätzlichen Gleisanschluss vorsehen. Dies sei sowohl mit der Bezirksvertretung als auch mit den Bürgern – über eine Bürgerinformationsveranstaltung – kommuniziert worden. Über die Ausgestaltung des Anschlusses an die Neusser Straße laufen derzeit noch Abstimmungsgespräche mit der Stadt. Die Planung, die in die Planfeststellung gegeben werde, soll zudem grünzugverträglich sein.

Vorsitzender Waddey teilt ergänzend mit, dass die BV Nippes und auch der Stadtentwicklungsausschuss im Rahmen der entsprechenden, üblichen Beschlussvorlage beteiligt werden.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist abschließend darauf hin, dass aktuell die Offenlage laufe und die Planfeststellungsunterlagen in seinem Amt öffentlich ausliegen.

8.12 Mittel für Straßenunterhaltung Anfrage des SE Schmitz

SE Schmitz teilt mit, dass nach ihm zugetragenen Informationen Mittel in Höhe von bis zu 2 Mio. € in diesem Haushaltsjahr nicht mehr ausgegeben werden. Er bittet um Mitteilung, ob dies zutreffend sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist dies als nicht zutreffend zurück.

8.13 Sachstand Fernlinienbusbahnhof Anfrage des RM van Benthem

RM van Benthem erinnert an die bisherigen Diskussionen und optimistischen Auskünfte der Verwaltung zum Sachstand, die er nicht teilen könne. Nach einem aktuellen Bericht der Bild-Zeitung nun sei beabsichtigt, ein Kurzzeitparkplatz am Terminal 2 zu nutzen. Er bitte um schriftliche Mitteilung, wie hier die zeitliche Planung aussehe und mit welchen Kosten gerechnet werden müsse.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass am bestehenden Busterminal Breslauer Platz Veränderungen dergestalt vorgenommen wurden, dass nun zwei Halteplattformen zusätzlich angeboten werden. Die endgültige Lösung am Flughafen tangiere die Fläche mit dem Regenrückhaltebecken; letztlich sei nun jedoch ein Weg gefunden worden, der keine Zustimmung der Unteren Wasserbehörde erforderlich mache. Über eine Zwischenlösung werde derzeit auch mit dem Flughafen diskutiert; hier könne er allerdings noch keine belastbaren Daten und Fakten mitteilen. Die Verwaltung werde zu gegebener Zeit berichten.

8.14 Winterdienst Anfrage des RM Möring

RM Möring erinnert an die Probleme hinsichtlich Zuständigkeiten im vergangenen Jahr und merkt an, dass nach seinen Informationen keine Klärung mit dem Landesbetrieb erreicht werden konnte. Die Raumpläne konnten dort nach eigenen Angaben aus zeitlichen und organisatorischen Gründen nicht mehr so angepasst werden, dass eine Optimierung der Streckenabschnitte erreicht werden konnte. In diesem Zusammen-

hang möchte er gerne wissen, wann und in welcher Weise die hiesige Verwaltung auf den Landesbetrieb zugegangen sei.

8.15 Variante 5 der Ortsumgehung Meschenich Anfrage des RM Möring

RM Möring erinnert an die Aussage der Verwaltung, dass der Landesbetrieb über den Beschluss des Verkehrsausschusses, Variante 5 nicht weiter zu verfolgen, informiert worden sei. Dies wurde ihm auch schriftlich belegt. Dennoch möchte er wissen, wie die Verwaltung hier grundsätzlich vorgehe bzw. warum die Verwaltung nicht unmittelbar mit derart wichtigen Angelegenheiten an eine kompetente Leitungsstelle des Landesbetriebes herantrete. Die Niederlassungen seien lediglich ausführende Organe; die Entscheidungen hingegen fallen in der Zentrale des Landesbetriebes oder sogar beim Verkehrsministerium in Düsseldorf. Die Haltung des Landesbetriebes könne man nur als ignorant bezeichnen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass auch das Landesverkehrsministerium entsprechend informiert wurde und eine schriftliche Stellungnahme hierzu erwartet werde. Wann und wie genau die Kommunikation erfolgt sei, müsse er eruieren und nachreichen.

8.16 Sachstand zur Kreuzung Luxemburger Straße/Militärringstraße Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer erinnert an einen älteren Beschluss des hiesigen Ausschusses, den Linksabbieger vom Militärring auf die Luxemburger Straße stadtauswärts Richtung Hürth zu Gunsten des Rechtsabbiegers Richtung Innenstadt zu verkürzen. Sie bittet um Mitteilung, ob und wann der Landesbetrieb diesen Beschluss umsetzen werde.

Zudem berichtet sie, dass der Landesbetrieb die Umbaupläne der Kreuzung der Bezirksvertretung Lindenthal in deren Sitzung am 14.11. vorgestellt habe. Sie fragt nach, ob eine Vorstellung im hiesigen Ausschuss auch noch angedacht sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, den Sachstand zum Linksabbieger zu erfragen. Die Vorstellung in der Sitzung der Bezirksvertretung sei auf ausdrückliche Einladung von dieser erfolgt. Sofern gewünscht, könne die Verwaltung in einer der nächsten Sitzung die Planungen auch im hiesigen Ausschuss präsentieren. Sowohl der Verkehrs- als auch der Stadtentwicklungsausschuss werden selbstverständlich im weiteren Verfahren zu gegebener Zeit beteiligt.

8.17 Außergemeindliche Radschnellwege Anfrage des RM Zimmermann

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass der Antrag zur Machbarkeitsstudie und zur Förderung bis zum 31.01.2014 eingereicht werden müsse. Die Machbarkeitsstudie werde dem hiesigen Ausschuss vorgestellt. Die Grobplanungen seien sicherlich schon auf den städtischen Internetseiten einzusehen, andernfalls werde er dies veranlassen.

8.18 Sachstand zur Brücke am Aachener Weiher Anfrage des RM Zimmermann

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass dem Unternehmer bis zu sechs Monate Lieferzeit für das Holz eingeräumt werden musste, da u.U. auch Tropenholz angeliefert werden muss. Die Planung werde derzeit vom Unternehmer erstellt und anschließend mit der Verwaltung abgestimmt; das Holz sei bereits bestellt. Er gehe davon aus, dass die Fertigstellung in der ersten Jahreshälfte erfolgen werde.

8.19 Starenkästen auf der Zoobrücke Erinnerung des SE Preckel

SE Preckel erinnert an seine noch offenen Fragen und bittet den anwesenden Herrn Kilp, Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, um Stellungnahme.

Dieser legt dar, dass eine Beantwortung bereits schriftlich erfolgt sei; darüber hinaus gehende Auskünfte seien ihm nicht möglich. Er glaube auch nicht, dass ein Hersteller eines Starenkastens negative Auskünfte über sein Produkt geben würde. Entscheidend sei, dass die Prüfinstanzen – die PTB und das Eichamt – feststellen, ob es Schwingungen gebe oder nicht. Dies wurde jedoch in der abgegebenen Stellungnahme deutlich dargelegt und grundsätzlich verneint. Die Anlagen würden auch regelmäßig überprüft, damit die Messergebnisse im juristischen Verfahren standhalten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass die Unfallzahlen durch die Polizei bekannt gegeben werden. Allerdings könne sie aufgrund der ihr vorliegenden Daten derart spezielle Fragen, wie die von Herrn Preckel Aufgeworfenen, nicht beantworten. Fakt sei jedoch, dass die Anzahl und auch die Schwere der Unfälle in beiden Richtungen auf der Gesamtbrücke deutlich abgenommen haben. Dies werde die Verwaltung in der kommenden Sitzung nochmals schriftlich darlegen.

- Ende des öffentlichen Teils -